

Gegen was und/oder wen richtet sich die Wohngeldkampagne?

1. Wohngeld wird dem Ausbildungsbereich mit dem Argument verweigert, der Schüler, Lehrling und Student sei von zu Hause abhängig. Wenn wir Wohngeld fordern und das geschieht nicht allein aus einem moralischen Anspruch heraus, müssen wir also zunächst die Ursache der Wohngeldverweigerung, nämlich die Familienabhängigkeitsideologie bekämpfen. Diese manifestiert sich in entsprechenden Gesetzen und ist vom Staat selbst geschaffen worden. Ausbildung wird als "Durststrecke" propagiert, auf der es sich zu "bewähren" gelte und an deren Ende auch das Ende der Abhängigkeit von der Familie stehe. Der Effekt ist klar: Der Schüler, Lehrling oder Student soll Abhängigkeit in der Ausbildung als etwas Vorübergehendes, Notwendiges ansehen, die man dadurch überwindet, die Ausbildung abzuschließen - und das geschieht möglichst schnell durch ein Maximum an Anpassung und Unterordnung. Doch die erwartete Unabhängigkeit im Beruf stellt sich nicht ein. An die Stelle der Abhängigkeit von der Familie tritt die Abhängigkeit vom Unternehmer. Hier entlarvt sich die Verlogenheit der Familienabhängigkeitsideologie: Sie gaukelt dem in Abhängigkeit Stehenden etwas vor, was er nie erreichen wird, und bewirkt dadurch, ^{daß} Schüler, Studenten und Lehrlinge sich mit den mit der (Familien)-Abhängigkeit verbundenen Zwängen abfinden und sich an gesellschaftliche Normen anpassen. Abhängigkeit in der Ausbildung ist notwendig - für die herrschende Klasse, die hier ein Mittel an der Hand hat, sich die Staatsbürger so heranzuziehen, wie sie sie braucht: Angepaßt an gesellschaftliche Vorstellungen; unfähig, bestehende Verhältnisse zu analysieren und zu kritisieren.
2. Diejenigen, die aus der Ausbildung, bzw. aus dem ausgebildeten Nachwuchs den größten Nutzen ziehen, bezahlen von den Ausbildungskosten praktisch nichts. Gemeint sind die privaten Unternehmer. Es ist daher legitim zu fordern, daß der Staat die Ausbildung finanziert.
3. Das Grundgesetz garantiert die Freiheit der Berufsausbildung. Es ist jedoch klar: Freiheit der Berufsausbildung herrscht nur dort, wo jedem die gleichen finanziellen Mittel zur Verfügung stehen. Die Unzulänglichkeit der bestehenden Stipendiensysteme ist bekannt und keinesfalls geeignet, gleiche Voraussetzungen für jeden zu schaffen. Solange Ausbildung von der einzelnen Familie getragen wird, ist und bleibt "Freiheit der Berufsausbildung" eine Phrase. Familienunabhängige Ausbildungsförderung zu fordern, ist auch unter diesem Aspekt betrachtet berechtigt.

Die Wohngeldkampagne richtet sich gegen die ungerechtfertigte Verweigerung von Wohngeld für den Ausbildungsbereich und gegen die derzeit praktizierte Ausbildungspolitik als Ausdruck der Familienabhängigkeitsideologie

Wohngeldanträge im 1. Stufe - Ständer in der Mansa - Ständer im 1. Stufe

Warum wird die Wohngeldkampagne von den Wohnheimbewohnern getragen?

Die Wohnheimbewohner sind dem privat wohnenden Studenten gegenüber zu- meist privilegiert. Sie zahlen bis zu 60% niedrigere Mieten gegenüber dem freien Wohnungsmarkt, leben in halbwegs annehmbaren Zimmern, verfügen über ausreichende sanitäre Anlagen. Alle diese Dinge sind bei "Studen- ten-buden" noch längst keine Selbstverständlichkeit. Der Student, der privat wohnt, ist außerdem oft zusätzlich noch repressiven Mietverträgen ausgesetzt, die ihn der Willkür der Vermieter ausliefern. Einer Kündi- gung kann er -wenn überhaupt auf längere Zeit- nur dadurch entgehen, daß er sich dauernd anpaßt und unterordnet.

Die Wohnheimbewohner kämpfen mit dem Abzug von 30.- DM monatlich stell- vertretend für alle Lehrlinge, Schüler und Studenten gegen die Verwei- gerung von Wohngeld und gegen die derzeitige Ausbildungspolitik. Die Wohngeldkampagne soll aber auch zugleich die beschissenen Wohnverhält- nisse (Rechtsunsicherheit, Willkür der Vermieter und Maklerunwesen), un- ter denen Schüler, Lehrlinge und Studenten besonders zu leiden haben, anprangern. Es geht den Wohnheimbewohnern nicht darum, durch Einbehalten von monatlich 30.- DM noch privilegierter zu werden, was sich auch in entsprechenden Heimbeschlüssen zeigt.

Was wir tun müssen:

Jeder Lehrling, Schüler und Student sollte einen Wohngeldantrag stellen. Wir müssen der Staatsbürokratie unseren Anspruch auf Wohngeld dadurch klarmachen, daß wir das betreffende Amt mit Wohngeldanträgen überschwem- men. Wir dürfen zwar nicht erwarten, daß wir auf die Anträge hin Wohn- geld gezahlt bekommen. Unsere Anträge werden -wie bereits teilweise ge- schehen- mit einem Vordruck abgelehnt, ohne daß auf persönliche Umstände des einzelnen überhaupt eingegangen wird. Legt gegen ablehnende Bescheide Widerspruch ein!—Der Asta wird noch veröffentlichen, in welchen Fällen an Studenten, Schüler und Lehrlinge Wohngeld gezahlt wird. Wir sollten ans allerdings darüber klar sein, daß wir nicht in Einzelfällen Wohngeld ge- währt bekommen wollen, sondern daß es darum geht, dem gesamten Ausbil- dungsbereich das ihm zustehende Wohngeld zu verschaffen.

Kündigt in den Wohnheimen Eure Daueraufträge für die Mietüberweisung ans Studentenwerk! Daueraufträge können nur bis zum 15. bzw. 20. des Monats gekündigt oder geändert werden.

STELLT MASSENHAFT WOHNGELDANTRÄGE!

ZIEHT IN DEN WOHNHEIMEN AB 1. MAI 30.- DM VON DER MIETE AB!